

## Haushaltsrede Bündnis 90 / Die Grünen \_\_\_\_\_

Dr. Rolf Siedler



Lieber Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste!

Die Hoffnung ist, wie der große Tübinger Denker Ernst Bloch in seinem zum Klassiker gewordenen „Prinzip Hoffnung“ formuliert, ins „Gelingen verliebt statt ins Scheitern“. Hoffnung ist nicht passiv wie die lähmende Furcht, noch in ein Nichts und schon gar nicht in die „Schweinsblase des reaktionären Denkens gesperrt“. Die Hoffnung klebt nicht an der Vergangenheit, sie findet sich nicht ab mit dem schlecht Vorhandenen. Sie strebt nach vorne. Sie ist immer zukünftig. Hoffnung ist, so schreibt Ernst Bloch, wie „Träumen nach vorwärts“. Und er fügt mit Nachdruck hinzu: Hoffnung ist lehrbar und lernbar.

Mit diesem Nachdruck das „Prinzip Hoffnung“ hochzuhalten, mag in diesen Tagen nicht jedem gelingen. Vor allem in den Teilen der Welt, die in einem ganz anderen Ausmaß wie wir in Deutschland von Armut, Hunger, Klimakatastrophen und Terror heimgesucht werden wie Pakistan, Sudan, der Jemen ... ist das „Träumen nach vorwärts“ ein hoher Anspruch. Wenn diese so eindrücklich formulierte Botschaft vom „Prinzip Hoffnung“ also überzeugen soll, wenn sie zum entschiedenen und schnellen Handeln, wenn sie zu dringend notwendigen Veränderungen ermutigen soll, dann braucht es genügend AgentInnen, die das „Träumen nach vorwärts“ mit sehr konkreten Ideen füllen und leben - davon gibt es weltweit und hier im Ostalbkreis Viele. Neu zu denken und neu zu handeln ist mit Blick auf unsere komplexen Themen - der Landrat hat in den ersten Abschnitten seiner Haushaltsrede gleich fünf mal von „außergewöhnlichen Krisen“ gesprochen - ein ambitionierter Ansatz. Einigeln in die Vergangenheit dagegen ist wesentlich einfacher. Gleichwohl ist Fakt: Bisher sind wir vielen Entwicklungen - trotz besseren Wissens - hinterhergehumpelt. Zum „Träumen nach vorwärts“ haben wir nicht mehr endlos Zeit. Wir können uns eine Schlafwagenpolitik wie sie in den letzten vier Legislaturperioden zelebriert wurde und ein Kleben an der Vergangenheit einfach nicht mehr leisten.

Zur besseren Einordnung der „außergewöhnlichen Krisen“ ist es wichtig zu unterscheiden zwischen Unglücken, die gleich Naturgewalten hereinbrechen und Zuständen, die sich als Produkt von eklatanten Fehlsteuerungen entpuppen. Der Unterschied: Fehlsteuerungen kann man korrigieren. Unglücke nicht oder nur bedingt. Corona war ohne Zweifel ein Unglück. Dass wir aber beim Thema Klima weit hinter den Zielen bleiben, auf die wir uns verständigt haben ist kein Unglück sondern die Summe aus Untätigkeit und Ignoranz. Die maximal 1.5 Grad Erderwärmung werden wir laut dem aktuellen Bericht des Club of Rome nicht mehr erreichen. In unseren Wäldern können wir mit Schrecken die Folgen beobachten; dass wir bei der Digitalisierung in Deutschland maximal Mittelmaß sind, - von Funklöchern ganz zu schweigen - dass wir bei der Dekarbonisierung auf Zeit gespielt haben, beim Netzausbau einen so enormen Rückstau haben, dass die ODR die von BürgerInnen und Firmen beantragten und für unsere Stromversorgung so wichtigen

Photovoltaikanlagen ablehnen muss, dass die Finanzierung der Gesundheitsversorgung nicht auskömmlich ist weil brutal auf Rendite getrimmt, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter auftut, dass wir bei der Entwicklung einer zeitgemäßen Mobilität, Stichwort: Bahn, Schienennetz den „Anschlusszug“ verpasst haben - und das besonders im ländlichen Raum, dass wir uns erlauben, dass in diesem Jahr 15 der 40 DAX-Konzerne Rekordgewinne einfahren und wir darüber sinnieren, wie wir die Standards bei der Umsetzung des BTHG senken können, dass vielerorts die Infrastruktur marode ist, dass Kitaplätze im großen Stil fehlen, Wohnungen für Familien nicht mehr bezahlbar sind ... all das sind keine Unglücke, sondern handfeste, hausgemachte Probleme, die in der Vergangenheit, d.h. in einer Phase prosperierender Wirtschaft nicht mit der notwendigen Überzeugung angegangen wurden. Inflation, hohe Energiepreise, der Krieg gegen die Ukraine, gestörte Lieferketten - das zusammen bildet den schwierigen Rahmen, in dem wir die geplanten Vorhaben des Haushaltes 2023 umsetzen müssen. Oder soll ich hoffnungsvoll gestimmt sagen: dürfen.

Neben den finanziellen, personellen und organisatorischen Herausforderungen tragen wir - auch wir im Kreistag - ein gutes Stück Verantwortung dafür, dass BürgerInnen das Vertrauen in die regulierende Kraft unseres Staates, in die gestaltende Kraft seiner Institutionen, den Glauben an eine gerechte und solidarische Verteilung der Lasten nicht verlieren. Dabei helfen uns selbstgefällige Phantomdebatten über Sozialtourismus und Schonvermögen, die Herr Merz aus persönlicher Eitelkeit führt, keinen Schritt weiter. Im Gegenteil. Es ist beschämend, wenn ausgerechnet Black-Rock-Veteranen wie Merz, beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Veröffentlichung ihrer gigantischen Nebeneinkünfte einlegen und gleichzeitig über Benachteiligte herziehen.

**Kliniken:** Die Debatte um die Zukunft der Kliniken kreiste über viele Jahre hauptsächlich um das Thema Finanzen. Wir haben erreicht, dass die wichtigsten Kriterien bei der Entwicklung einer neuen Klinikstruktur nicht ausschließlich die Finanzen sind, sondern:

1. Das Patientenwohl - d.h. in welcher Variante bekommen die PatientInnen die bestmögliche medizinische und pflegerische Versorgung.
2. Das Mitarbeiterwohl - d.h. wie können wir die Ressourcen so bündeln, dass die Beschäftigten sagen: Hier arbeite ich gerne, hier bekomme ich gute Fortbildung, verlässliche Arbeitszeiten, Gestaltungsspielraum, soziale Unterstützung, hier muss ich nicht kostbare Zeit mit dem Warten auf Aufzüge verplempern und Leitungen spülen, so dass brauchbares Wasser fließt.
3. Die öffentliche Trägerschaft - Wir stehen ohne Wenn und Aber dafür, dass die Klinik in öffentlicher Trägerschaft bleiben.

Wir haben in unserer Fraktion mit Angestellten der Kliniken aus allen Ebenen, mit Befürwortern und Gegnern der einzelnen Varianten gesprochen, uns intern ausgetauscht, uns mit den vielen regulatorischen Vorgaben wie Mindestmengen, mit Trends wie Ambulantisierung auseinandergesetzt und plädieren - nach reichlich Überlegungen - für das vom Lenkungsausschuss und den MitarbeitervertreterInnen empfohlene Modell eines starken, qualitativ ausgezeichneten Regionalversorgers in der Mitte des Kreises, der für die Menschen von Osten und Westen gleichermaßen gut - inklusive ÖNPV - zu erreichen ist. Über die konkrete Ausgestaltung von dem,

was der Landrat als „Gesundheitscampus“ in die Debatte eingebracht hat, müssen wir uns zügig verständigen. Dann sollten wir doch in der Lage sein, miteinander zu einer sachbezogenen Lösung kommen. Die Kosten laufen uns sonst davon. Schlimmer noch: die Leute auch.

Bürgerbeteiligung, gute Kommunikation ist der Schlüssel zur Akzeptanz eines Vorhabens in dieser Dimension. Das Gespräch mit den BürgerInnen muss deshalb - wie schon häufig angekündigt - viel intensiver geführt werden als bisher. Wir beantragen, dass Regionalkonferenzen in allen Raumschaften des Landkreises im ersten Quartal 2023 - offensiv - durchgeführt werden. Wir versprechen uns mehr Verständnis und weniger Nebelkerzen. Wir sind überzeugt, dass BürgerInnen und natürlich auch MitarbeiterInnen der Kliniken die Chance nutzen werden, gute Ideen zur Entwicklung der Kliniken beizusteuern, z.B. wie ein Schwerpunkt Naturmedizin zu einem Baustein werden könnte.

Der Landrat hat in seiner Rede davon gesprochen, dass wir viel mehr in Kategorien der Kooperation und nicht des Wettbewerbs denken sollten. Das ist richtig. Besonders mit Blick auf die Kliniken ist dieser Ansatz wegweisend. Nicht Klein Klein, nicht populistische Wortmeldungen bringen uns weiter, sondern der engagierte Blick auf das Ganze und der Wert des gelebten Miteinanders, das auf einem Gleichgewicht aus Geben und Nehmen beruht.

**Union Gelände / Das neue Landratsamt:** Wir stehen grundsätzlich hinter dem geplanten Vorhaben. Doch die Entwicklung der Kosten bereitet uns große Bauchschmerzen. Wir sind vor vielen Jahren unter völlig anderen Voraussetzungen gestartet. Diese hohen Kosten lassen sich aus unserer Sicht nur vertreten, wenn das Gebäude in jeder Hinsicht modellhaft, d.h. vor allem energetisch und ökologisch auf dem neuesten Stand ist, modern was die Gestaltung der Arbeitsplätze und zeitgemäß, was die Kundenfreundlichkeit angeht. Mit Blick auf die Möglichkeiten von digitalen Zugängen und zu Möglichkeiten von Job-sharing sollte nochmals kritisch geprüft werden, ob die Zahl der Arbeitsplätze wirklich notwendig ist und ob nicht ein Stockwerk eingespart oder vermietet werden kann. Das gilt noch stärker für das geplante Parkhaus, das nach unserer Einschätzung viel zu üppig geplant und wirtschaftlich nicht darstellbar ist. Hier kann gut und gerne eingespart werden. Mit den PV-Modulen auf horizontalen und vertikalen Flächen, mit der Begrünung der Fassaden und einem artenreichen Bauerngarten auf den Grünflächen sind wir sicherlich auf dem richtigen Weg. Was die Heizung angeht sprechen wir uns mit Überzeugung dafür aus, das Gebäude an das geplante Nahwärmenetz der Stadt Aalen anzuschließen und die Wärme des Kochers zu nutzen. In Puncto Wärmenetze, Nutzung von Prozesswärme ... - für die es ja tolle Förderungen gibt - müssen wir im Ostalbkreis ohnehin deutlich besser werden.

Ein Aspekt ist uns noch wichtig: Wir stehen als Arbeitgeber in mächtiger Konkurrenz zu namhaften Firmen in unmittelbarer Umgebung. Wenn wir auch in Zukunft gute Leute für die Verwaltung haben wollen, dann ist eine gute Arbeitsatmosphäre in einem nachhaltigen Gebäude sicherlich ein wertvoller Faktor.

**Klima:** Wir sind aufgefordert, alles dafür zu tun, dass die beschlossenen Klimaziele, insbesondere die Reduktion von CO<sub>2</sub> eingehalten werden. Der Ausbau der nachhaltigen Stromerzeugung ist

dafür ein wesentlicher Faktor. Er ist in den letzten Jahren auf der Ostalb ein gutes Stück voran gekommen. Die Dächer auf den Kreisgebäuden sind dafür Beispiel. Nicht der Atomstrom ist aktuell und auch nicht auf lange Sicht der günstigste Strom, sondern der nachhaltig erzeugte Strom aus regenerativen Quellen. Wir brauchen freilich mehr Tempo beim Ausbau, kein Tempolimit. Viele Dächer, ganze Quartiere und reichlich Firmengebäude sind immer noch ohne PV. Das ist in heutigen Zeiten ein Skandal. Nur wenn wir Gas geben, haben wir eine reale Chance auf eine funktionierende, nachhaltige und dezentrale Versorgung.

Was uns dabei enorm wichtig ist, dass die Wertschöpfung hier im Kreis bleibt, d.h. wir wollen nicht, dass Flächen an Investoren von außen aus Renditegründen verscherbelt werden. Bürgerinnen und Gemeinden sollen von den künftigen Stromparks profitieren. Wie bei den Kliniken ist Bürgerbeteiligung dafür essentiell notwendig. Die bereits bestehenden lokalen Energiegenossenschaften sind für die Vorhaben unverzichtbare Akteure. Wir beantragen, dass im ersten Halbjahr unter Federführung des Landrates alle Beteiligten, die ODR, die Stadtwerke und die eben erwähnten Energiegenossenschaften an einem Tisch zusammenkommen, um nach geeigneten Flächen und nach zukunftsfähigen, regionalen, kooperativen Modellen zu suchen. Damit dies alles gelingt, muss das Netz zügig ausgebaut werden. Der gepflegte Widerstand von Einzelnen gegen den Ausbau in Ehren - aber das Gemeinwohl und die Verwirklichung einer ökologisch vertretbaren Zukunft haben für uns und für die kommenden Generationen ein höheres Gewicht als Einzelinteressen.

**Ressource Boden:** Der Druck auf die Flächen und damit auf die Böden ist enorm. Wir pflastern und pflastern. Üppige Neubaugebiete, der Ausweis von Gewerbeflächen, der Ausbau der Straßen führen dazu, dass immer mehr Fläche verbraucht, im großen Stil versiegelt und der Landwirtschaft entnommen werden. Boden ist keine unendliche Ressource. Dass hier handfeste Interessen kollidieren, macht die Entscheidungen nicht leicht. Aus guten Gründen ist die Reduzierung des Flächenverbrauches gesetzlich geregelt. Bis 2030 soll er halbiert, bis 2050 sollen keine Fläche mehr verbraucht werden. Wir fordern, dass die Gesetze eingehalten werden und dass mit Ausnahmen sorgfältig umgegangen wird. Wir müssen uns klar sein: Boden ist unsere Lebensgrundlage. Als Trinkwasserspeicher. Als CO<sub>2</sub> Speicher. Als Lebensraum. Zur Erzeugung von Lebensmitteln. Wir begrüßen ausdrücklich den Biotopverbund, bei dem sich einige Kommunen vorbildlich beteiligen. Weiter so! Wir möchten zum Schutz der Böden beantragen, dass in drei Jahren die mageren 3% der über verschiedene Maßnahmen geschützten und vom LEV betreuten Flächen zusammen mit dem LEV und Naturschutzverbänden mit Beteiligung der Betroffenen auf 5% erhöht werden. Dazu gehören auch Feldgehölze auf kreiseigenen Flächen. Dazu gehört auch das entschiedene Engagement für den Umbau des Waldes zu einem klimaresistenten Wald.

In diesem Zusammenhang: Weil die Sommer immer heißer und trockener werden, die Extremwetter zunehmen, beantragen wir ein Hitzeschutzkonzept, das beispielsweise bei der Verbauung einen verbindlichen Rahmen schafft.

**Mobilität:** Es sind keine neuen Straßen geplant. Das ist gut so. Wir können die Infrastruktur nicht endlos ausdehnen. Ob der Ausbau der B 29 noch zeitgemäß ist, ob er angesichts der

demographischen Entwicklung noch vertretbar ist, ob er ökologisch und wirtschaftlich zu rechtfertigen ist - darüber herrschen in diesem Gremium unterschiedliche Meinungen. Wir haben klare Zweifel daran.

Beim **ÖPNV** kommen wir mühsam voran - im ländlichen Raum bewegt sich der Borkenkäfer deutlich schneller als der ÖPNV. Bei den Radwegen freuen wir uns über viele Vorhaben. Das Rad hat in den letzten Jahren als cooles, CO<sub>2</sub>-freies und gesundheitsförderliches Fortbewegungsmittel eine steile Karriere hingelegt. Leider gleicht das Radwegenetz noch einem Flickenteppich. Der Radschnellweg ist sehr zum Badauern in weiter Ferne - obwohl es dafür Fördermöglichkeiten gibt. Der schwierigste Punkt ist allerdings der Erwerb der Flächen für die Radwege. Radwege scheitern weil die Grundstücke nicht verkauft werden. Wie bei den Stromtrassen müssen wir für die Zukunft überlegen, wie eine verantwortliche Balance zwischen Eigentum und Gemeinwohl in Zukunft aussehen soll. Es kann nicht sein, dass Einzelinteressen eine zukunftsfähige Planung für alle unmöglich machen.

Zur Mobilität gehört natürlich der Ausbau der Schiene: Weil unterschiedliche Einschätzungen herumgeistern, beantragen wir einen Bericht darüber: Wo stehen wir da im Augenblick bei der Brenzbahn, bei der Jagstbahn, bei der Remsbahn. Wie weit sind die Überlegungen um einen Umschlagplatz für Frachtgut. Wie weit sind die Standortuntersuchungen gediehen? Und zuletzt: Bei den Straßen wird versucht, die Funklöcher zu schließen. Bei der Schiene ist das nicht der Fall. Das nervt. Dabei ist es doch wesentlich einfacher, Mails in der Bahn zu schreiben als während des Autofahrens. Wir beantragen, dass alles unternommen wird, diesen Zustand zu beenden. Im übrigen sollte auch beim Mobilitätspakt Bürgerbeteiligung mehr als Deko sein.

**Soziales:** Der Sozialetat hat einen gigantischen Umfang. Neben den vielen bekannten Themen ist die Umsetzung des BTHG eine gigantische Aufgabe. Dass wir Menschen unterstützen dürfen, die den Alltag aus eigener Kraft nicht schaffen, ist ein Akt der Menschlichkeit. Mit der Demographie und der damit verbundenen Zunahme von Einschränkungen werden die Aufgaben noch zunehmen. Sie gehen weit über das Thema Pflege hinaus. Wohnen, Mobilität, Infrastruktur, gesundheitliche Versorgung sind Bausteine eines modernen Sozialstaates. Jede und jeder von uns wird irgendwann in die Situation kommen, wo er und sie auf Hilfe angewiesen sind. Dann wird man das soziale Netz schätzen lernen.

Den Neuaufbau des Betreuungsvereins und auch die dafür bereit gestellten Mittel von 50.000 Euro unterstützen wir. Betreuung wird professionalisiert. Das ist ein anspruchsvolles und wichtiges Vorhaben. Für das gute „Frauen-helfen-Frauen“ Projekt „Nachtsam“ beantragen wir zusätzlich 10.000 Euro, die dort als Kofinanzierung gebraucht werden. Wir freuen uns sehr über die Ehrenamtskarte. Toll. Ehrenamt und Kultur sind nicht zu unterschätzende Standortfaktoren. Was der Landrat über die Zuwanderung schreibt, können wir bedingungslos unterschreiben. Hier kommt der EATA eine wichtige Bedeutung zu - wir regen mit Blick auf Pflegekräfte aus dem Ausland an, intensiver darüber nachzudenken, wie das Ankommen noch besser unterstützt werden kann. Good practice Beispiele dafür gibt es schon.

Noch ein Wort zur **LEA**: Viele Kommunen haben in den letzten Jahren vom LEA-Privileg profitiert und nur spärlich Flüchtlinge aufgenommen. Ausdrücklich ausgenommen sind Schwäbisch Gmünd und Aalen, die sich vorbildlich engagiert haben. Deutlich mehr als 1000 Menschen sind momentan in der LEA. Fakt ist: wir müssen die Menschen unterbringen. Wir dürfen aber Ellwangen nicht alleine lassen.

Spannend wird die Einführung des **Bürgergeldes**, so es denn kommt. Für das Job-Center wird sich dadurch Einiges verändern. Wobei wir ausdrücklich schätzen, dass das Job-Center mit guter, engagierter Arbeit und nicht mit der Verhängung von Sanktionen überzeugt hat.

**Tierwohl**: Wir beantragen für den Dreherhof eine einmalige Corona-Zuwendung von 25.000 Euro - in der Corona-Zeit haben sich Viele ein Haustier angeschafft und wollten es anschließend wieder los werden. Wir sind interessiert an einem Bericht über die Lage im Tierheim. Ähnliches gilt für die Wildtierauffangstationen, die mit hohem ehrenamtlichen Engagement getragen werden. Wir würden gerne wissen, wie viele es von den Stationen gibt und würden diese gerne - so unser Antrag - mit 10.000 Euro unterstützen.

Die **Kreisumlage** ist aus unserer Sicht angesichts der großen Aufgaben fair und angemessen.

Wir danken den fast 2000 MitarbeiterInnen des Landratsamt, die sich für unseren Landkreis engagieren. Wir danken dem Landrat Dr. Bläse, dem Kämmerer, Herr Kurz und seinem Team, wir danken den vielen engagierten Menschen, den Vereinen, Verbänden, den Firmen im Ostalbkreis, die zusammen mit uns das „Träumen nach vorwärts“ verkörpern. Die Hoffnung ist - um noch einmal Ernst Bloch zu zitieren - ins Gelingen verliebt und nicht ins Scheitern. Arbeiten wir also zusammen am Gelingen.

Ein herzliches, von Hoffnung getragenes „Glückauf.“

Dr. Rolf Siedler  
Aalen, 28.11.2022